Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. Banknotengesetz und Reichsamt des Innern. — Schluß 1/2 7 Uhr.

## Politische Rundschau.

Dresden, den 15. Februar 1906.

— **Se. Majestät der Kaiser** traf bereits heute nachmittag 3 Uhr in Kiel ein. Wie es heißt, wird Se. Majestät vor der Abreise nach Kopenhagen der Germaniawerft einen Besuch abstatten.

— **König Oskar von Schweden** wird auf der Durchreise nach Cannes am 22. d. M. in Berlin eintreffen und bis zum 24. d. M. daselbst verweilen. Man bringt den Besuch mit dem schwebenden deutsch-schwedischen Handelsvertrag in Verbindung.

— **Der deutsche Kronprinz,** als Präsident der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft, wird die Hauptversammlung dieser Gesellschaft am Freitag vormittag in der „Philharmonie" persönlich leiten und mit einer Ansprache eröffnen. Prof. Damann-Hannover wird über Stand und Bekämpfung der Schweineseuchen und Gutsbesitzer Dr. Albert Münchhof über die Fortschritte im Dreschbetriebe berichten.

— **Im letzten Kronrat** ist, wie wir authentisch erfahren, die Verhandlung über die Notstände in der Heimarbeit sehr eingehend gewesen. Es kam zur Sprache, was bisher auf diesem Gebiete von seiten der Gesetzgebung geschehen ist und was die Reichsregierung hinsichtlich der Versicherung und des gesundheitlichen Schutzes der Hausgewerbetreibenden plant. Vor allem handelt es sich um die gesetzliche Krankenversicherung der Hausgewerbetreibenden, für die bekanntlich ein umfassender Entwurf aus dem Reichsamt des Innern vorliegt.

— **Hofprediger a. D. Adolf Stöcker** soll die Staatsbürgerzeitung gekauft haben.

— **Der Gouverneur von Metz,** General der Kavallerie von Hagenow, ist am 14. d. M. infolge Lungenentzündung gestorben.

— **Die wirtschaftliche Vereinigung des Reichstages** hat zum Etat des Reichsamtes des Innern die Resolution gestellt: die Regierungen um die baldige Vorlage eines Gesetzentwurfes zu ersuchen, der die Weinkontrolle einheitlich regelt.

— **Die Budgetkommission des Reichstages** setzte am 14. d. M. die Beratung des ostafrikanischen Etats fort. Dr. Arendt (Reichsp.) teilt in der Münzfrage den Standpunkt des Abgeordneten Erzberger; die Reichswährung kann sofort eingeführt werden. Erzberger (Zentr.) sagt, es lasse sich kein Grund dafür ins Feld führen, daß noch Rupien ausgegeben werden, zumal die neue Währung die Eingeborenen schwer schädige, sie würden direkt um vier Heller gleich zwei Tagelöhne betrogen. Unterstaatssekretär Twele: Das Reichsschatzamt hat die neue Währung gebilligt; sie war die einfachste Lösung. Der Zeitpunkt zur Einführung der Reichswährung sei noch nicht gekommen. Dr. Paasche (nat.-lib.): Es wäre sehr gut gewesen, sofort die Reichsmarkwährung einzuführen; die Betrügereien gegen die Eingeborenen sind bald zu beseitigen. Aber man sollte nicht schon jetzt wieder ändern. Dr. Spahn (Zentr.) ist für die Belassung der Rupienwährung. Beim Titel Militärverwaltung beantragt das Zentrum, die Vermehrung als „künftig wegfallend" zu bezeichnen, damit jederzeit der Reichstag in der Lage sei, bei ruhigen Verhältnissen die Verwaltung zurückzurufen. Erzberger (Zentr.) fragt, wie es komme, daß dem mit Dienstentlassung bestraften Hauptmann Kannenberg trotzdem die Pension gewährt werde. Dem Reichstage sei das verschwiegen worden, obwohl der Abgeordnete Bebel genau angefragt habe. Aber der Personalreferent von König hat hier nicht die volle Wahrheit gesagt, er hat in anderen Fällen wissentlich die Unwahrheit gesagt, dafür habe er Aktenbelege, die er verliest. Die Unwahrheiten befinden sich in Akten an das Oberlandesgericht in Stettin und das preußische Justizministerium. (Hört!) Die Regierungsvertreter teilten mit, daß der Kaiser die Pension genehmigt habe. Es entwickelt sich eine sehr lebhafte Debatte, in welcher der Kolonialverwaltung recht lebhafte Vorwürfe gemacht werden, daß sie dem Reichstage nicht die volle Wahrheit mitteile.

— **Das preußische Abgeordnetenhaus** beriet am 14. d. M. den Etat der Berg- und Hüttenverwaltung, darauf wurde eine Reihe von Einzelwünschen vorgebracht. So vom Abg. Korfanty für die oberschlesischen Arbeiter, der nationalliberale von Eynern wandte sich besonders dem Kaliausfuhrzoll zu. Abg. Brust (Ztr.) wünschte für die Bergarbeiter in der neuen Arbeitsordnung größeres Entgegenkommen. Eine Reihe von Petitionen wurde ohne Debatte angenommen. Der Zentrumsabg. Marx trat für eine Besserstellung der Mittel- und Unterbergbeamten ein. Hierauf verlangte Dasbach die Gleichstellung der Arbeiter des Saargebietes mit denen des Ruhrgebietes. In einer Abendsitzung soll der Etat zu Ende beraten werden.

— In der **Kammer der bayrischen Abgeordneten** sagte Herr von Podewils anläßlich der Beratung des Etats des Ministeriums des Aeußern folgendes: Ich habe nicht gesagt, daß hier über auswärtige Politik nicht gesprochen werden dürfe. Die Regierung will die Zuständigkeit des Landtages nicht engherzig beschränken, ebenso wenig will die Regierung sich in Fragen der auswärtigen Politik ihres verfassungsmäßigen Einflusses begeben. Wir fühlen uns zu sehr als Mitglieder des Reiches und empfinden alles, was das Reich anbetrifft, als unser eigenstes Interesse. Ueber die Fragen der auswärtigen Politik geht uns von Berlin in steter Folge ein reiches diplomatisches Material zu, und jedem Ersuchen um Ergänzung dieses Materials wird stets entsprochen. Der Bundesratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten tritt selten zusammen, weil dafür Ersatz durch die Uebermittelung der diplomatischen Akten geschaffen ist. Aber in besonderen Fällen und bei außerordentlichen Fragen hat jener Ausschuß sich als als eine sehr wertvolle Institution erwiesen. Ich halte daran fest, daß die auswärtige Politik kein geeignetes Thema für die Behandlung im Landtage ist und daß das geeignete Forum der Reichstag bleibt. Nur dort steht der Volksvertretung derjenige gegenüber, der die Verantwortung für die auswärtige Politik trägt, der diese Politik verteidigen kann und allein zu beurteilen vermag, wie weit in jedem Moment Aufschlüsse gegeben werden können. Das vermag der Minister eines Einzelstaates nicht, und wenn deshalb aus den Einzellandtagen die Kritik unwidersprochen hinausgeht, entsteht leicht ein falsches Bild, das unter Umständen unsere auswärtige Politik schädigt. Mit der Auflösung des Landtages wegen Annahme des Wahlgesetzes habe der Ministerrat sich noch nicht befassen können, weil das Gesetz noch nicht in allen Stadien erledigt ist. v. Vollmar (Soz.) führt aus, die Auflösung des Landtages und Neuwahlen im nächsten Jahre seien selbstverständlich. Das Recht des Landtages, über die auswärtige Politik zu sprechen, müsse noch vertieft werden. Redner bekämpft in längeren Ausführungen die Ansichten des Ministerpräsidenten über die persönliche Stellung des Kaisers, über den Einfluß des Bundesrats und über den diplomatischen Ausschuß des Bundesrates, dem durch die Verfassung zweifellos ein gewisser Einfluß auf die auswärtige Politik zugedacht sei. Müller-Miningen (lib.) erklärt es für sehr bedenklich, wenn die Einzellandtage in Fragen der auswärtigen Politik dem Reichstage vorgreifen wollten. Zurückhaltung sei dringend geboten, zumal in kritischen Zeiten. Viel besser sei, stets mit vollem Nachdruck die Einigkeit der Regierungen gegen jede aggressive Politik des Auslandes zu betonen. Der Kaiser sei in der völkerrechtlichen Vertretung des Reiches nach außen zwar unbeschränkt, aber nicht nach innen, da spreche der Bundesrat mit. Jede Regierung bleibe ihrem Landtage gegenüber für Instruktionen ihres Bundesvertreters verantwortlich. Redner kritisiert dann den bayrisch-russischen Auslieferungsvertrag, dessen baldige Kündigung dringend erwünscht sei. Daller (Ztr.) erklärt namens seiner Partei, daß die Auflösung des Landtages nach Beendigung dieser Session ihnen recht sei. Dann schließt die allgemeine Diskussion. Der erste Teil des Etats wird genehmigt.

— Gegen die **Auswüchse des Karnevals** wendet sich der Kardinalerzbischof Dr. Fischer von Köln im neuesten „Kirchenanzeiger". Er verordnet, daß auch in diesem Jahre wieder besondere Sühneandachten gehalten werden, und fügt die Mahnung an die Pfarrer hinzu: „Wenn es auch nicht in unserer Macht liegt, alle Auswüchse zu verhüten oder zu beseitigen, so wollen wir doch alles tun, was in unserer Kraft steht, das unserer Sorge anvertraute Volk und namentlich die Jugend vor Gefahr zu schützen und vor Sünde zu bewahren."

— **Die neue Organisation der Zentralleitung des Evangelischen Bundes** wird am 1. April d. J. in Kraft treten. An diesen Tage wird Lic. Everling seine Stellung als Direktor und geschäftsführender Vorsitzender des Evangelischen Bundes am Bundessitz in Halle a. S. antreten. Als Lic. Everling aus diesem Anlaß sein Pfarramt in Krefeld niederlegen wollte, wurde ihm auf Anregung des Presbyteriums 1 Jahr Urlaub von der Gemeindevertretung angeboten und von der zuständigen Kirchenbehörde bewilligt. Gegen letzteres hat sich nie ein Liberaler erhoben, aber wenn ein katholischer Geistlicher zu Wahlzeiten einmal ein Wort spricht, ist Lärm in ganz Deutschland.

— Das **badische Land** hat zwei interessante Nachwahlen gehabt. Der liberale „Bloc" erkannte einfach zwei Mandate des Zentrums für ungiltig und hoffte mit Sicherheit auf die Gewinnung derselben. Aber er hat sich bös in die Nesseln gesetzt. In Bruchsal wurde der Zentrumskandidat Wiedemann mit 1290 Stimmen wiedergewählt gegen den Blockkandidaten, auf den 940 Stimmen fielen. In Bonndorf Waldshut erhielt der Zentrumskandidat Wittemann 3295 Stimmen, der frühere langjährige nationalliberale Abgeordnete Krieckle nur 2620. In Bruchsal hat das Zentrum 150, in Bonndorf gar 550 Stimmen gewonnen. Die verbündeten Liberalen und Sozialdemokraten dagegen erzielten in Bruchsal einen Gewinn von nur 110, in Bonndorf von 135 Stimmen. Man kann den Aerger der Blockleute und ihrer Presse über die schwere Niederlage verstehen. Sie sprechen jetzt auch offen von einer Schlappe. Mögen ihr noch andere folgen.

— **Das Ende des Hofgängers Cramer.** Der sozialdemokratische Abgeordnete Cramer hat sein Reichstags- und Abgeordnetenmandat niedergelegt, nachdem ihm eine Darmstädter Parteiversammlung ihre „entschiedene Mißbilligung" ob seines Besuches beim Großherzog ausgesprochen hatte. Cramer suchte sich in dieser Versammlung zu verteidigen, er habe als Besitzer und Kunstfreund den verpönten Schritt getan; er schloß: „Ich habe getan, was ich mit meiner Ueberzeugung vereinbaren kann und ich bitte nicht um Gnade. Aber warum hat die Presse vorher den Stab über mich gebrochen, ehe die beteiligten Organisationen gesprochen? Dadurch ist die Situation nunmehr so, daß Sie das Urteil der Presse annehmen müssen. Fällen Sie das Urteil, wie die Presse es gesprochen, dann wird Ruhe eintreten. Ist Ihr Urteil ein anderes, wird es einen Parteiskandal geben. Es gibt nur drei Wege, die Sie gehen können: 1. Sie machen das Urteil, wie es die Presse gesprochen, zu dem Ihrigen; 2. oder Sie sprechen mir ein Mißtrauensvotum aus; 3. oder Sie schließen mich aus der Gemeinschaft, der ich 30 Jahre angehört, aus. Ich bitte durch ein freisprechendes Urteil nicht zur weiteren Fortsetzung des Skandals beizutragen. Lassen wir es jetzt zur Neuwahl kommen. Der Stab über mich ist bereits gebrochen." Die Versammlung unterschied das Urteil von Rosa Luxemburg, die jetzt wieder ruhig schlafen kann, die Kapitolswächterin hat nicht umsonst gegackert. Es ist wieder einer über Bord geworfen worden. Ein ähnliches Schicksal droht allen, die dem Hofe zu nahe kommen. Nur Frau Geck in Baden hat eine Ausnahme, die, weil die Großherzogin — zu ihr geht!

— **Die „ehrlichen" Genossen!** Unsere in der vergangenen Woche ausgesprochene Vermutung, der alte, in diesem Jahre von der sozialdemokratischen „Metallarbeiter-Zeitung" wieder frisch aufgewärmte Schwindel von den Kochrezepten des Verbandes „Arbeiterwohl" würde in der sozialdemokratischen Gewerkschaftspresse weitere Verbreitung finden, hat sich rasch bestätigt. Dem „Grundstein" (Nr. 5), offiziellem Organ des „freien" Zentralverbandes der Maurer Deutschlands, gebührt das traurige Verdienst, die „Metallarbeiter-Zeitung" an Gehässigkeit der Darstellungsweise noch übertrumpft zu haben. Mutig und sachkundig, wie ein „Genosse" nun einmal ist, behauptet hier gar ein „Arbeiter" von „Arbeiterwohl": „Seine ganze Tendenz liegt in diesen Kochrezepten; dem Armen die Wurstbrühe, die Schweineknochen, die mit Oel gefettete Suppe — dem reichen Ausbeuter die Wurst, das Fleisch, den (?) Braten!", faselt weiter von Hitzeschen Bettelsuppen usw. Bezüglich letzterer sollte der kundige Thebaner des „Grundstein" oder doch wenigstens dessen Redaktion wissen, daß selbst der Obergenosse Singer im Reichstage es für unzulässig erklärt hat, die sogenannten „billigen Kochrezepte" Herrn Hitze zuzuschreiben. Doch was kümmert das einen klassenbewußten Genossen! Ueber solche Kleinigkeiten stolpert er nicht! Der „Grundstein" führt die Devise: Wissen ist Macht! Bildung führt zur Freiheit! Wenn die Bildung, die hier für die Gewerkschaftsmitglieder verzapft wird, sich etwa deckt mit niedrigen Verleumdungen und wissenschaftlichen Entstellungen, so paßt diese würdig zu dem Niveau der Freiheit, die in der Sozialdemokratie landläufig ist. Daß nun auch der „Grundstein" von der in der Zentrumspresse enthaltenen Richtigstellung Notiz nimmt, erlauben wir uns so lange zu bezweifeln, bis wir das Gegenteil gesehen haben.

### Oesterreich-Ungarn.

— **Ueber den mehr oder minder wahrscheinlichen Inhalt der Wahlrechtsreformvorlage,** deren Einbringung noch in dieser Woche zu gewärtigen ist, gaben mehrere Blätter wieder verschiedene Angaben an. Eines hatte seiner angeblichen, aber anzuzweifelnden Information die Zahl von 450, ein anderes jene von 453 Mandaten zu Grunde gelegt. Nach letzterem Projekte ist das aktive Wahlrecht an das vollendete 24. Lebensjahr, das passive an das vollendete 30. Lebensjahr geknüpft. Einen Bildungszensus gibt es nicht, so daß auch die Analphabeten wählen können. Die bisherige Zahl der Abgeordneten von 425 soll auf 453 erhöht werden, das Abgeordnetenhaus soll also um 28 Mitglieder mehr zählen. Bei der Einteilung der Wahlkreise wurde so viel als möglich Stadt und Land getrennt. Die Mandate sollen in folgender Weise auf die einzelnen Kronländer aufgeteilt werden: Böhmen 118 (+8), Dalmatien 11, Galizien 90 (+12), Niederösterreich 55 (+9), Oberösterreich 20, Salzburg 6, Steiermark 28 (+1), Kärnten 10, Krain 12 (+ 1), Bukowina 11, Mähren 43, Schlesien 12, Tirol 21, Vorarlberg 4, Istrien 4 (—1), Triest 4 (—1), Görz 4 (— 1). Für Wien sind in dem Entwurfe 28 Mandate vorgesehen. Was die Verteilung der Mandate anbelangt, so kommen 205 Mandate auf die Deutschen. In Böhmen werden 48 deutsche 70 tschechischen Mandaten gegenüberstehen. Zählt man zu den deutschen 205 Mandaten die 13 italienischen und 9 ruthenischen, so erhält man die Ziffer 227, das ist um ein Mandat mehr als die Zahl der für die übrigen Volksstämme verbleibenden Mandate. Die erwähnte andere Mitteilung weicht in wenigen Details davon ab. Ob der Inhalt dieser Meldungen der Wahrheit nahekommt oder gleichkommt, wird sich schon nächster Tage zeigen.

— Die Pariser Presse begrüßt, wie ein Telegramm aus Paris an die „Neue Freie Presse" zu melden weiß, mit besonderer Befriedigung eine aus Anlaß der Marokkokonferenz **gegen Deutschland gerichtete Kundgebung der ungarischen Koalition.** Wie dem Ungarischen Telegraphenkorrespondenzbureau aus ungarischen Regierungskreisen gemeldet wird, hat man dort von solchen Kundgebungen der Koalition keinerlei amtliche Kenntnis und man zweifelt um so mehr daran, daß solche Kundgebungen von der Koalition ausgegangen seien, als deren Führer Franz Kossuth und Graf Julius Andrassy in der Oeffentlichkeit sich stets als Verfechter der Dreibundpolitik bekannt haben. Sollte eine solche Kundgebung dennoch im Namen der Koalition ergangen sein, so könnte man zweierlei annehmen, entweder daß die Führer der Koalitionsparteien auch in der auswärtigen Politik eine ihrer vergangenen widersprechende Haltung eingenommen haben, oder daß einzelne Politiker aus dem Koalitionslager den Namen der Koalition bei den bezüglichen Kundgebungen mißbraucht haben. Im übrigen sprechen diese Kundgebungen, wie aus dem erwähnten Telegramm hervorgeht, von einem Bruch zwischen Ungarn und der Dynastie. Wenn das richtig ist, so würde sich diese Manifestation gar nicht gegen Deutschland richten, sondern sie würde einfach einen Akt des Hochverrats bedeuten. Die ungarische Regierung wird unverzüglich Schritte tun, um zu ermitteln, ob tatsächlich ein solches Verbrechen begangen wurde, und wenn je, es mit aller Strenge des Gesetzes ahnden.

### Spanien.

— **Zur Marokkokonferenz.** Die in der Mittwoch-Sitzung an dem Entwurfe für die Handhabung des Zollwesens in den marokkanischen Häfen getroffenen Abänderungen sind nur unbedeutender Natur und erstrecken sich in

---

rette „vertreibt" die Zeit, pflegt man zu sagen, die Zigarre hingegen regt zum Nachdenken an.

So manches Idyll hat sich schon im Dunst des Zigarrenrauches entwickelt, aufgebaut. Die Geschichte lehrt uns, welche machtvollen Geschehnisse oft eine gute Zigarre zur Folge hat. Und unsere eigene Erinnerung mahnt uns lächelnd daran, welche Folgen an erste, schlechte Zigarre oder Zigarette geknüpft sein können. Doch man soll nicht aus der Schule plaudern. Nikotin ist ein eigenes Gift; seine Folgen sind oft unberechenbar. Wer an Herz oder Lunge krank ist, soll nicht rauchen. Und wer zu viel qualmt, wird herz- und lungenkrank oder zieht sich eine Nikotinvergiftung zu. Vorsicht ist daher geboten. Besonders junge Leute sollen warten, bis ihr Organismus ausgebildet ist, bevor sie das „Teufelskraut" in den Mund stecken.

Zigarre und Zigarette sind ein Kulturfaktor geworden, der seine Ansprüche an alle Bevölkerungsschichten, an alt und jung, an hoch und niedrig stellt. Tausende Existenzen sind auf die Anfertigung dieser beiden Gegenstände und auf den Handel mit ihnen gegründet. Beide sind treue Begleiter des modernen Kulturmenschen geworden. Nächst den Nahrungsmitteln und den notwendigsten Bekleidungsmitteln ist wohl nach keinem Ding in der Welt mehr Nachfrage, als nach der Zigarre und der Zigarette.

So herrschen die beiden: ein Königspaar auf einem Tabaksthron. Die glimmende Sonne ihres eigenen Feuers geht in ihrem Reiche nie unter. Ihr Reich aber ist das blaugewölkte Land ihres aromatischen Rauches, der in zitternden, schwebenden Ringen Luftschlösser baut, in die wir mit versunkenen Blicken, mit versonnenen Augen in stiller Feierabendstunde hineinzustarren pflegen . . .

---

erster Linie auf die S
sehr schwere Strafen
hung und des Schm
dieses Strafmaß heral
feine Anwendung. C
heute dem französisch
hat ebenfalls nichts
sagt, die dabei ausgete
wesen sind und von
macht worden ist. Es
schen Delegierten end
oder nicht. Der Besu
rief aber trotzdem ein
— Die „Nordd. Allg
Besprechungen in der
deutschen und den fra
renz wieder aufgenom
nicht wieder durch unn
An anderer Stelle sa
sprechungen und die
der gestern nachmittag
konferenz waren in
Nach Ansicht mehrere
waren, kann von einer
werden. Die Erregun
übermittelte deutsche
ginnt sich zu legen, zu
und auch in Spanien
Scheitern der Konferen

— Der Minister
weisung gegeben, won
Tarif für Preßtelegra
Oesterreich in Kraft
gewähren Italien die

— Der Deutsche
Bahre König Christian
weißem Bande die In
Kaiser, in Dankbarkei
Freunde. — Die Ch
der Sarg mit der Le
wurde dem Publikum
höhere und zwölf jüng

— Am 4. d. M.
bulgarischen Bezirk P
Kirchenbücher verbran
schossen und 3 schwer

— Der Reichsrat
Gesetz an, das über
neue Bestimmungen
25. Oktober 1905 wir
stimmt, daß Versamm
ohne Anwesenheit eine
können, nur muß die
Die Wähler zweiten
meldung bei der Polizei
soll in der nächsten W

— Nach dem Ver
die russischen Kosten des
Rubel. Den größten
1905 bilden Auslagen
und Fahrt des Rosestw

— In der Wohnun
wurde am 14. d. M.
gerade eine Sitzung ab

— Die muselmanis
haben sich geweigert,
liefern. Infolgedessen
Befehl zu schießen. 40

— Im Kaukasus
zurück, ganze Distrikte
Behörden und leisten
Wochen wurden im
nach Sibirien transpor

— Odessa. Auf d
in Zeitungspapier eing
Anarchisten wurden ver

— Der Sekretär
borenen hatte am 13. d
Häuptlingen und 500
dem Bezirk, wo die Pa
Die Häuptlinge dankten
und versprachen, die Ko
sammenkunft sind die
reits Vorkehrungen geg
Eingeborenen getroffen

### Säch

Zweite Kamm
gen Tagesordnung bil
Bericht der Finanzdeput
61 des ordentlichen Eta
fend (Berichterstatter
Frauenklinik und Heban
an Einnahmen 60 350
darunter 5475 Mark
Kommission für das
schule, sowie Physiolog
Physiologisches Institut,
Ausgaben 233 590 Mar
fallend, bei Kapitel 56
Ablösung von Apotheke
46 000 Mark, an Ausga
Mark künftig wegfallend
wirtschaftliche, gewerbli
meine Ausgaben für
tragt die Deputation, d
genehmigen, die Ausga
39 000 Mark künftig we
titionen der Handelskam

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id494508531-19060216/2